

Gedankenpolizei: Israel verabschiedet ein Gesetz, das den „Konsum terroristischen Materials“ kriminalisiert

Das israelische Parlament, die Knesset, hat eine Verordnung verabschiedet, die von Menschenrechtsgruppen als eine der „einschneidendsten und drakonischsten gesetzlichen Maßnahmen“ bezeichnet wird, die jemals verabschiedet wurden.

Yumna Patel, mondoweiss.net, 09.11.23

Am Mittwoch, den 8. November, verabschiedete der israelische Staat mit einer Mehrheit von 13 zu 4 Stimmen eine Änderung des Anti-Terror-Gesetzes, das den „Konsum von terroristischem Material“ unter Strafe stellt und mit bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft.

Anfang dieser Woche führten israelische Streitkräfte eine Razzia im Dorf Nabi Saleh in der Region Ramallah durch und verhafteten die 22-jährige Aktivistin Ahed Tamimi in ihrem Haus unter dem Vorwurf der „Aufstachelung zum Hass“ und „terroristischer Aktivitäten“ in den sozialen Medien.

Das neue Gesetz beschreibt als Straftatbestand den „systematischen und kontinuierlichen Konsum von Veröffentlichungen einer terroristischen Vereinigung unter Umständen, die auf eine Identifizierung mit der terroristischen Vereinigung hindeuten“.

Adalah [*The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel*] zufolge, zählen zu den „Veröffentlichungen“, auf die sich das Gesetz bezieht, „Äußerungen des Lobes, der Unterstützung oder der Ermutigung zu terroristischen Handlungen, direkte Aufrufe zur Begehung einer terroristischen Handlung sowie die Dokumentation einer terroristischen Handlung“.

Der Gesetzentwurf bezeichnet Hamas und ISIS als die terroristischen Organisationen, auf die dieser Straftatbestand Anwendung findet, und ermächtigt den Justizminister, weitere Organisationen in die Liste aufzunehmen.

„Dieses Gesetz ist eine der einschneidendsten und drakonischsten legislativen Maßnahmen, die jemals von der israelischen Knesset verabschiedet wurden, da es Gedanken unter Strafe stellt“, so *Adalah* in einer Erklärung. Es greift in den unantastbaren Bereich der persönlichen Gedanken und Überzeugungen des Einzelnen ein und verstärkt die staatliche Überwachung der Nutzung sozialer Medien erheblich“, sagte die Gruppe und fügte hinzu, dass sie plane, das Gesetz vor dem Obersten Gerichtshof Israels zu beanstanden.

„Zu einer Zeit, in der die israelischen Behörden ihre Kampagne zur Unterdrückung der freien Meinungsäußerung palästinensischer Bürgerinnen und Bürger Israels verstärken, ihre Online-Kommunikation umfassend überwachen und eine noch nie dagewesene Zahl von Verhaftungen wegen angeblicher Verstöße gegen die Meinungsfreiheit vornehmen, hat die israelische Knesset ein Gesetz verabschiedet, das selbst die

passive Nutzung sozialer Medien unter Strafe stellt. Dieses Gesetz greift in den geschützten Bereich der persönlichen Gedanken und Überzeugungen des Einzelnen ein und verstärkt die staatliche Überwachung der Nutzung sozialer Medien erheblich“, sagte die Gruppe und fügte hinzu, dass sie plane, das Gesetz vor dem Obersten Gerichtshof Israels zu beanstanden.

Das neue Gesetz ist die jüngste Entwicklung in Israels rigorosem Vorgehen gegen Palästinenser:innen und deren Recht auf freie Meinungsäußerung im Internet. Seit dem 7. Oktober sind palästinensische Bürger:innen Israels und Bewohner:innen des besetzten Jerusalems gezielten Schikanen im Internet, am Arbeitsplatz und in Universitäten ausgesetzt, die oft zu Dutzenden von Verhaftungen führten.

Letzten Monat bezeichneten Palästinenser das Klima gegenüber *Mondoweiss* als „Hexenjagd“ und fügten hinzu, dass Menschen allein wegen ihrer palästinensischen Identität und ihrer Besorgnis über den Gaza-Streifen verfolgt würden.

Salaam Irsheid, Anwalt bei *Adalah* erklärte gegenüber *Mondoweiss*, dass in vielen Fällen Menschen suspendiert oder sogar strafrechtlich verfolgt werden, nur weil sie einen Beitrag in den sozialen Medien gut finden oder Seiten folgen, die über die Situation in Gaza berichten. Sie fügte hinzu, dass viele der Fälle, die bei *Adalah* eingegangen sind, Fälle sind, in denen Studenten oder Fachleute ihre Trauer über die humanitäre Situation in Gaza zum Ausdruck gebracht oder einfach Koranverse geschrieben haben, die falsch interpretiert oder fälschlicherweise mit der Unterstützung der Hamas in Verbindung gebracht werden.

„Diese Beiträge fallen unter das Recht auf freie Meinungsäußerung. Es gibt keinen Aufruf oder eine Rechtfertigung für Gewalt jeglicher Art“, sagte Irsheid. „Viele der Personen, die sich an uns wenden, sagen, dass die Dinge, die ihnen vorgeworfen werden, sehr weit hergeholt sind. Ich habe nichts gesehen, was gegen irgendein Gesetz verstößt.“ Bis zum 25. Oktober hatte die israelische Polizei nach eigenen Angaben seit Beginn des Krieges 110 Personen wegen „angeblicher Aufstachelung zu Gewalt und Terrorismus“ festgenommen, vor allem in den sozialen Medien.

Die Verhaftungskampagne beschränkt sich nicht nur auf Palästinenser:innen mit israelischer Staatsbürgerschaft oder Bewohner des besetzten Jerusalems, sondern erstreckt sich auch auf die besetzte Westbank, wie Gefangenen-Organisationen gegenüber *Mondoweiss* erklärten. Unter den Tausenden von Palästinenser:innen, die seit dem 7. Oktober in der Westbank verhaftet wurden, seien Dutzende wegen Aktivitäten in den sozialen Medien verhaftet worden, sagte ein Sprecher des *Palestinian Prisoners Club* gegenüber *Mondoweiss*.

Anfang dieser Woche führten israelische Streitkräfte eine Razzia im Dorf Nabi Saleh in der Region Ramallah durch und verhafteten die 22-jährige Aktivistin Ahed Tamimi in ihrem Haus unter dem Vorwurf der „Aufstachelung zum Hass“ und „terroristischer Aktivitäten“ in den sozialen Medien. Tamimi wurde wegen eines Instagram-Posts verhaftet, in dem sie zur Anwendung von Gewalt gegen Siedler in der Westbank aufrief. Ihre Familie behauptet jedoch, dass es sich bei dem Profil, das den Account veröffentlicht hat, um ein gefälschtes Profil handelt, das sich als Tamimi ausgibt, und dass sie keine derartigen Posts geschrieben oder veröffentlicht hat.

Die Ausweitung der Verhaftungen basierend auf den Aktivitäten in den sozialen Medien auf die Westbank, bestätigt die Aussagen von Menschenrechtsgruppen, die berichten, dass Israel das neue Gesetz über den

„Konsum von terroristischem Material“ umfassend und ohne Ermessensspielraum anwendet, um Palästinenser:innen zu zensieren und zu inhaftieren.

Die Zensur geht auch über die sozialen Medien hinaus: Israelis und palästinensische Politiker wurden in Israel verhaftet, weil sie gegen den andauernden israelischen Krieg gegen den Gazastreifen protestiert hatten, der am Donnerstag nun schon 34 Tage lang andauert. Die israelische Polizei hat ein umfassendes Verbot jeglicher Proteste oder Demonstrationen aus Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung in Gaza während des Krieges verhängt.

Fünf führende Vertreter der palästinensischen Minderheit in Israel, darunter der Vorsitzende des *High Follow Up Commission*, Muhammad Barakeh, sowie die ehemaligen Parlamentsabgeordneten Haneen Zoabi und Sami Abu Shadeh, wurden am Donnerstagmorgen während einer friedlichen Mahnwache in Nazareth verhaftet, bei der ein Waffenstillstand gefordert wurde.

Die *Kommunistische Partei Israels (CPI)* und die *Demokratische Front für Frieden und Gleichheit (Jabha-Hadash)* veröffentlichten eine gemeinsame Erklärung, in der sie die Verhaftung als drakonische antidemokratische Maßnahme bezeichneten, die Israels fortgesetzte Angriffe auf die Redefreiheit, die politische Vereinigung und die Bürgerrechte der palästinensischen Bevölkerung widerspiegelt.

Quelle: <https://mondoweiss.net/2023/11/thought-police-israel-passes-law-criminalizing-consumption-of-terrorist-materials>

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de